

# Für eine starke Volksschule

Bildungspotentiale der Kinder erschliessen, Leistung, Respekt und Selbstentfaltung fördern, Beachtung von Normen und Werten einfordern

Positionen der CVP Schweiz zur Volksschule verabschiedet an der Delegiertenversammlung vom 30. August 2008 in Basel.

## Die Vision

1. Bildung in der Volksschule ist zunächst Menschenbildung, die ganzheitlich für alle Kompetenzen zu erfolgen hat. Die Schule ist ein Ort der Bildung und Erziehung, was ohne Unterstützung der Eltern nicht machbar ist.
2. Wir wollen im Interesse der Kinder alle Bildungspotentiale voll ausschöpfen und das Bildungsniveau insgesamt stärken. Studien belegen, dass heute die soziale Herkunft der Kinder nach wie vor entscheidenden Einfluss auf deren schulischen Erfolg hat – nicht allein die Intelligenz und Begabung. Diesen Zustand wollen und müssen wir ändern. Die Chancengleichheit muss endlich zum Tragen kommen.
3. Bildung ist das Fundament einer starken Wissensgesellschaft, einer starken Volkswirtschaft und unserer direkten Demokratie gleichermaßen.
4. Bildung hat eine staatspolitische Dimension und Bildungspolitik ist eine staatliche Kernaufgabe.
5. Alle Abgängerinnen und Abgänger der Volksschule sollen einen angemessenen Platz in der Arbeitswelt oder in einer weiterführenden Schule finden.
6. Die Schule fördert die Aneignung christlich-ethischer Werte. Die Schulkultur muss geprägt sein von gegenseitigem Respekt und Achtung, unabhängig von der sozialen, kulturellen und religiösen Herkunft, und von einem sorgsamem Umgang mit der Umwelt. Physische und psychische Gewalt dürfen keinen Platz haben.

## 12 Achsen für die Schulentwicklung der Zukunft

- 1. Leistung fördern und einfordern, Leistung fair bewerten, Beachtung von Normen und Werten einfordern**
  - Wir fordern, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler förderorientiert bewertet werden: Vergleichende Tests und Noten ergänzt mit einem Bericht bilden die Grundlagen einer umfassenden Leistungsbeurteilung. Leistungstests finden über den Klassenverband und über die Kantongrenzen hinaus statt.
  - Bei der Entwicklung von Standards für die vergleichbare Leistungsmessung (Anforderungsprofile, Kompetenzraster, Leistungstest) müssen die Kantone und Sprachregionen zusammenarbeiten, um die hohen Entwicklungskosten zu reduzieren. Bereits auf dem Markt existierende Beurteilungssysteme und Tests sollen miteinbezogen oder weiterentwickelt werden. Standardisierte Leistungsbeurteilungssysteme reduzieren den bürokratischen Aufwand für die Lehrkräfte – das Kerngeschäft „Wissen vermitteln“ steht für sie im Zentrum.
- 2. Sprachförderung forcieren**
  - Wir fordern gezielte Sprachförderung in den lokalen Landessprachen sowie Sprachtests im Vorschulalter. Kinder mit grossen Defiziten erhalten eine sprachliche Frühförderung. Diese kann selektiv obligatorisch erklärt werden. Die Teilnahme der Eltern oder eines Elternteils ist erwünscht.
  - Die Sprachkompetenz in der Standardsprache ist zu erhöhen und im Unterricht ist das Sprechen der Standardsprache durchzusetzen.
  - Wir fordern von den Ausländervereinigungen und allenfalls den Botschaften und Konsulaten, Lern- und Förderangebote in der Muttersprache von ausländischen Kindern zu fördern und zu verbessern.
  - Wir verlangen, dass bis zum Abschluss der obligatorischen Schulzeit gleichwertige Kenntnisse in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache erlangt werden.
- 3. Hohe Qualität für alle Schulen – Nein zur Zweiklassenbildung**
  - Wir treten für die obligatorische öffentliche Volksschule ein und wehren uns gegen jede Schwächung.
  - Kantone können öffentlich anerkannte Schulen, welche privat betrieben werden, unterstützen. Sie legen dafür Kriterien fest.

- Bildungsgutscheine lehnen wir ab, wenn sie zu einem Abfluss der Mittel aus den öffentlichen Schulen führen.
- Wir lehnen eine freie Wahl der Schulstandorte bis zur Gymnasialstufe ab. Sie führt zu Segregation, einem Zweiklassenbildungssystem und der Schliessung zahlreicher Schulen im ländlichen Raum; im städtischen Raum ist Ghettobildung die Folge. Administrativ ist eine freie Wahl des Standorts kaum zu bewältigen und führt zu neuer Bürokratie.
- Wir fordern eine bessere Bildungsqualität an allen Schulen: Sie wird erreicht mit vergleichenden externen Leistungsmessungen, externen Schulevaluationen und mehr Kompetenzen für die Schulleiter vor Ort.

#### **4. JA zu HarmoS – JA zu Qualität**

- HarmoS ist die Antwort der Kantone, um die Herausforderungen aus den PISA-Ergebnissen zu meistern: Im Konkordat der Kantone werden Eckwerte wie Schuleintritt, Schulpflicht, Dauer und Ziele der Bildungsstufen und deren Übergänge geregelt. Das kommt insbesondere auch den Kindern aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Familien zu Gute. Dies ist unter dem Blickwinkel einer erfolgreichen Integration aller Bevölkerungsgruppen zwingend.
- Einheitliche Lernziele lassen sich mit vergleichenden Leistungsmessungen überprüfen. Die Umsetzung von HarmoS ist sicherzustellen, für die Entwicklung des Systems (Standards, Monitoring, Lehrpläne, Kompetenzraster etc.) braucht es einen nationalen Effort.

#### **5. Geleitete Schule**

- Im Rahmen der einheitlichen Lernziele fordern wir für die einzelne Schule die grösstmögliche Autonomie: Schulleitungen sollen mehr Eigenverantwortung und mehr Kompetenzen erhalten. Vor der Zulassung zur Schulleiterausbildung müssen die Kandidierenden ein Assessment durchlaufen. Die Schulleitung muss neu eine echte Karriereoption für Lehrkräfte und Führungskräfte aus der Wirtschaft und anderen Bereichen darstellen.

#### **6. Naturwissenschaften und Technik ab der 1. Klasse**

- Naturwissenschaften und Technik haben in der Volksschule heute einen bescheidenen Stellenwert. Gleichzeitig leidet unsere Volkswirtschaft an einem erheblichen Mangel an Arbeitskräften aus dieser Sparte. Verschiedene Kantone haben mit Public Private Partnership Modellen aufgezeigt, dass Kinder mit spielerischen Methoden für Naturwissenschaften und Technik zu begeistern sind.

#### **7. Schulobligatorium durchsetzen – Chancen aller Kinder wahren**

- In vielen Kantonen werden zahlreiche Kinder – vorab Mädchen – von obligatorischen Teilen des Unterrichts aus religiösen oder anderen Gründen dispensiert: Schwimmunterricht, Klassenlager, Landschulwochen u. ä. sind obligatorische Bestandteile des Unterrichts. Wir fordern die kantonalen Behörden auf, diese wieder durchzusetzen.

#### **8. Elternmitwirkung und Elterneinbindung fördern**

- Ein funktionierendes Bildungssystem baut auf der Erziehung und Förderung im Elternhaus auf. Wir begrüssen eine „institutionalisierte“ Elterneinbindung für die ganze obligatorische Schulzeit und auch im Vorschulbereich. In den kantonalen Schulgesetzen sind ein institutionalisierter Elternkontakt und Elternräte vorzusehen.
- Der Besuch von Elternabenden sowie Gespräche mit der Lehrperson müssen für obligatorisch erklärt werden können. Bleiben die Eltern diesen Verpflichtungen mehrfach und unentschuldigt fern, so können auch Bussen ausgesprochen werden.
- Es müssen alle Massnahmen getroffen werden, welche den Austausch zwischen Lehrer und Eltern erleichtern (Treffen am Samstag, Nutzung der neuen Informationstechnologien, Elterncoaching).

## **9. Verlässliche Tagesstrukturen schaffen**

- Ausserfamiliäre Betreuungsangebote sollen den Eltern Wahlchancen bieten. Deshalb müssen sie nach dem Prinzip der Freiwilligkeit für die Eltern angeboten werden. Obligatorische Strukturen, welche zwingend die ausserfamiliäre Betreuung der Kinder vorschreiben, lehnen wir ab.
- Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie fordern wir die bedarfsgerechte Einführung von verlässlichen Tagesstrukturen: Konkret sollen diese von 8-18 Uhr zur Verfügung stehen. Die Erfahrungen aus den laufenden Pilotprojekten sind schnell umzusetzen.
- Jedes zweite Kind ist heute ausserhalb der Unterrichtszeiten unbeaufsichtigt. Tagesstrukturen und Mittagstische sind je länger je mehr ein positiver Standortfaktor. Existieren Betreuungsmöglichkeiten, zahlt sich dies für die Gemeinden in höheren Steuererträgen und tieferen Sozialkosten aus.
- Die ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist im Grundsatz freiwillig. Zum Schutz des Kindes muss im Ausnahmefall aber auch die Möglichkeit zur verordneten Tagesstruktur bestehen und durch die Vormundschaftsbehörde angeordnet werden können.
- Bei einer geringen Anzahl Kinder muss die Möglichkeit bestehen, Tagesstrukturen auf familiärer Basis anzubieten. Regelungen von Mindestanforderungen an Räumlichkeiten und Personal müssen flexible und praxisnahe Lösungen ermöglichen. Wir wollen einfache, pragmatische Regelungen, welche auch Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Mütter, Väter und Grosseltern mit einbeziehen können.
- Eltern sollen zur Finanzierung der Krippen, Ganztageschulen und weiteren Betreuungsangeboten herangezogen werden. Tarife, welche die Einkommenssituation berücksichtigen, sind möglich; jedoch müssen die Angebote auch für kinderreiche Familien und den Mittelstand erschwinglich bleiben: Maximaltarife, welche über den Vollkosten liegen, lehnen wir ab.

## **10. Aufwertung des Lehrerberufes**

- Wir unterstützen die Bestrebungen, den Lehrberuf aufzuwerten. Dazu gehören Karriere-möglichkeiten, eine verbesserte Durchlässigkeit bei entsprechender Weiterbildung, verschiedene Berufskategorien mit entsprechend lohnwirksamen Abstufungen und Löhne, welche die Leistung honorieren.
- Lehrpersonen brauchen mehr Verbindlichkeit bei ihrer Anstellung und einen gewissen Ausgleich bei schwankenden Pensen: Nur ein sicherer Arbeitsplatz ist ein attraktiver Arbeitsplatz.

## **11. Medienkompetenz und IT-Einsatz**

- Der Einsatz von Computern soll bereits im frühen Schulalter gefördert werden. Wichtig ist die schnelle Erarbeitung von „Content“ – also Lernprogrammen und Lerninhalten. Die Erziehungsdirektorenkonferenz schafft ein „EDK-Label“, mit welchem private Anbieter oder kantonale Lehrmittelverlage ihre Software für den Unterricht zulassen können.
- Eltern sind auf die Gefahren und Chancen im Zusammenhang mit den neuen Kommunikationstechnologien hinzuweisen und mit den technischen und erzieherischen Möglichkeiten zur Einschränkung des Internet- und Videokonsums wie von Computerspielen ihrer Kinder vertraut zu machen. Mit Public Private Partnership Aktionen lassen sich schnell und unkompliziert derartige Informationsangebote realisieren, denn Anbieter und Branche haben ein Interesse an einem massvollen und verantwortungsbewussten Umgang der Jugendlichen mit ihren Produkten. Zu diesem Zweck müssen die genannten Medien klar im Hinblick auf den Jugendschutz deklariert werden.
- Die Auswirkungen des Bildschirmkonsums in allen Bereichen auf die Entwicklung der Kinder in Bezug auf Intelligenz, Gesundheit, Bewegung, Sucht- und Gewaltverhalten müssen den Eltern und den Lehrpersonen durch geeignete Information bewusst gemacht werden.

## **12. Soziale und politische Bildung ab der 4. Klasse:**

- Die kulturelle Durchmischung einer offenen Gesellschaft verlangt, dass Schülerinnen und Schüler schon früh systematisch mit den in der Schweiz geltenden Regeln der Konfliktlö-

sung und Entscheidungsfindung vertraut gemacht werden. Dazu gehört das Wissen um Menschenrechte, um Demokratie, um rollen- und sozialgerechtes Verhalten in der Gesellschaft. Soziale Kompetenz ist ein zunehmend stärker gewichtetes Kriterium bei der Erlangung von Lehrstellen.